

Erste Gedanken zu einer europäischen Energie-Roadmap

Ich. Wegen der Neuverteilung der Dossiers innerhalb der EU-Kommission war es zum Bedauern der europäischen Gruppe des Weltenergie Rates bisher nicht möglich, den jährlichen Meinungs austausch mit Energiekommissar Oettinger und seinen engsten Mitarbeitenden fortzusetzen. Es ist indes zu hoffen, dass die gute Tradition fortgeführt werden kann. Der folgende Beitrag wurde von EU-Kommissar Oettinger kurz nach dem Weltenergiekongress an der EWI/F.A.Z. - Energiekonferenz in Köln vorgetragen und zeigt erste Akzente seiner Sichtweise einer europäischen Energie-Roadmap.

Der Beitrag wird ergänzt durch die Pressemitteilung zur Verabschiedung der neuen Strategie «Energie 2020» vom 10. November 2010.

Der Zeitraum bis ins Jahr 2050 kommt manchem vielleicht sehr lange vor. Aber jeder, der weiss, welche Investitionsvolumen und -zeiten im Energiebereich üblich sind, wird den Zeitraum bis 2050 gerade als richtig und angemessen ansehen.

Noch wichtiger aber: seit einigen Jahren und spätestens mit dem Vertrag von Lissabon ist die Energiepolitik «europäisiert». Die Staats- und Regierungschefs haben endlich eingesehen, dass es im Interesse aller Europäer liegt, zusammen und auf der EU-Ebene eine europäische Energiepolitik zu erarbeiten. Die Ära des Energie-Nationalismus ist vorbei.

Lassen Sie mich die beschlossene europäische Energiepolitik kurz erläutern, bevor ich Ihnen einen Ausblick auf die langfristige «Roadmap» bis 2050 geben werde. Die europäische Energiepolitik beruht auf drei Säulen:

1. Nachhaltigkeit
2. Versorgungssicherheit
3. Wettbewerbsfähigkeit für die Industrie und Erschwinglichkeit der Energiepreise für die Endverbraucher.

Die energiepolitische Strategie will klare Rahmenbedingungen schaffen, sie muss für Stabilität, Kohärenz und Glaubwürdigkeit sorgen, um einen effizienten und glaubhaften Kampf gegen den Klimawandel zu führen und unsere 20-20-20 Verpflichtungen bis 2020 umzusetzen.

Wettbewerbsfähigkeit

Der Binnenmarkt ist das Kernstück unserer Energiepolitik und unerlässlich für die

Verwirklichung unserer Ziele. Die richtigen Investitionssignale müssen Märkte erreichen. Der Energiebinnenmarkt kann nur funktionieren, wenn neue Akteure ohne Zugangsbeschränkungen daran teilnehmen können. Die Qualität der Dienste muss stimmen, und die Netze müssen fair zugänglich sein.

Die Kommission erfüllt hier ihre Rolle als Hüterin der Verträge, und überwacht die richtige Umsetzung der einschlägigen Rechtsvorschriften. Wir haben mit dem dritten Binnenmarktpaket einen Quantensprung gemacht, den es nun umzusetzen gilt. Wir machen dabei gute Fortschritte und sorgen auch mit den eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren zum zweiten Paket für eine rasche Integration unserer Strom- und Gasmärkte. Nur so können Unternehmen kostengünstig Energie beziehen, die Preise und Konditionen für die Verbraucher fair gestaltet und die richtigen Signale gesetzt werden, wo es an Investitionen mangelt.

Nachhaltigkeit

Der Markt wird auch eine wesentliche Rolle spielen, um ein anderes grosses Ziel unserer Energiepolitik zu erreichen, nämlich die Nachhaltigkeit. Dank des Energie- und Klimapakets haben nun alle Mitgliedstaaten klare Ziele, sowohl, was Emissionsreduzierung als auch was den Anteil der erneuerbaren Energien betrifft.

20 Prozent erneuerbare Energien im Jahr 2020 sind eine anspruchsvolle Hürde, aber die ersten Informationen aus den Mitgliedstaaten stimmen uns sehr optimis-

tisch. Wesentlich ist allerdings, dass die bestehenden Fördersysteme, und insbesondere die technologiespezifischen Einspeisevergütungen in den Mitgliedstaaten erhalten bleiben, um den Ausbau der Erneuerbaren weiterhin zu garantieren. Das wird Geld kosten, aber nur so werden wir unser Ziel erreichen.

Ganz wesentlich ist vor allem, dass wir es schaffen, diese Fördersysteme dynamisch zu gestalten und so nahe wie möglich an die Marktentwicklungen im Bereich der Erneuerbaren anzupassen, um von deren Kostenreduzierungspotenzial profitieren zu können und zugleich den Geldbeutel der Endverbraucher zu schonen. Erst längerfristig können wir dann überhaupt über eine Harmonisierung der bestehenden Fördersysteme sprechen.

Und lassen Sie mich auch ein Wort zum Thema Kernenergie sagen: Brüssel kann weiterhin keinem EU-Land die Erzeugung und Nutzung von Kernenergie verbieten oder vorschreiben. Aber wir können Standards setzen. Deshalb werden wir in diesem Herbst einen Vorschlag für die weltweit höchsten Standards für Bautechnik, Bodenbeschaffenheit und Betriebssicherheit der europäischen Kernkraftwerke vorlegen.

Das aktuelle Duell in Deutschland zwischen Atomkraft und erneuerbaren Energien lenkt zum Teil von der Realität ab. Auf EU-Ebene ist klar, dass wir, wenn wir die Klimaziele erreichen sowie Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten wollen, kurzfristig auf keine Art der Stromerzeugung verzichten können.

Versorgungssicherheit

In Sachen Versorgungssicherheit haben wir vor allem im Gasbereich jetzt dank einer neuer Verordnung einen europäischen Ansatz mit mehr Solidarität: Der gewachsene Energiebinnenmarkt bedingt auch bei der Versorgungssicherheit einen europäischen Ansatz. Die Mitgliedstaaten haben sich im Vertrag von Lissabon ausdrücklich dem Prinzip der Solidarität in der Energiepolitik verschrieben.

Die Kommission wird dank neuem Rechtsrahmen Kohärenz und Transparenz auf europäischer Ebene bei der Krisenvermeidung gewährleisten, indem sie Pläne und Umkehrflüsse bewertet.

So wird die Kommission in Zukunft frühzeitig – nicht erst in der Krise – aktiv werden, um in Fragen der externen Energiebeziehungen ein koordiniertes Vorgehen sicherzustellen (Gaslieferverträge, Pipelines).

Im europäischen Notfall ist es wesentlich, dass die nationalen Massnahmen auf europäischer Ebene abgestimmt werden, in der EU und mit unseren Partnern. Die Koordination durch die Kommission in der Januarkrise 2009 hat gezeigt, dass sich ein solches Vorgehen bewährt.

Infrastruktur

Unser Energiesystem steht vor grossen Herausforderungen für die nächsten zehn Jahre und darüber hinaus. Bis 2015 sind wesentliche Fortschritte zur Vollendung des Binnenmarkts für Strom und Gas nötig, bis 2020 muss der Anteil erneuerbarer Energien an unserem Energiemix 20 Prozent betragen, bis 2050 sollen die CO₂-Emissionen der EU um 80-95 Prozent sinken. Zugleich wird unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, insbesondere Gas und Öl, weiter steigen, was wiederum Massnahmen zum Erhalt unserer Versorgungssicherheit notwendig macht.

Unsere Energieinfrastrukturen müssen Katalysatoren – und nicht etwa Hürden – sein, um alle diese europäischen Ziele im Bereich Marktintegration, Klimaschutz und Energiesicherheit zu erreichen. In ihrem aktuellen, schnell alternden Zustand sind unsere Netze allerdings den zukünftigen Herausforderungen des Energiesektors nicht gewachsen.

Einen grundsätzlichen Strukturwandel im Energiebereich wird es nur über neue Technologien geben, sowohl im Bereich der Energieproduktion wie auch im Bereich des Energietransports. Forschung, Entwicklung und technologische Innovation sind weiterhin eine der eminenten Prioritäten der Kommission, wie der SET-Plan zeigt.

Technologische Entwicklungen werden besonders im Bereich der Stromnetze eine besondere Rolle spielen, sei es für den Anschluss von Offshore- Windparks in der Nordsee, für Hochspannungstransport über grosse Distanzen oder für das intelligente Management von Angebot und Nachfrage.

So ermöglichen neue Kabeltechnologien und intelligentes Netz-Management, im Verein mit präzisen Wettervorhersagen und vernetzten Märkten, eine effizientere Nutzung der Windenergie, die die Netze auch dann nicht überlastet, wenn der Anteil am Gesamtstrommix höher ist. Übrigens entfielen 2009 zwei Drittel der neu installierten Erzeugungskapazitäten in der EU auf erneuerbare Energien. Das zeigt, wie viel Vertrauen in die erneuerbaren Energien und auch in unsere Ziele gesetzt wird.

Smart Grids oder auch sogenannte intelligente Netze sind Netze mit Informationstechnologie, die zeitnahe Kommunikation zwischen allen Akteuren im Netz ermöglichen und vor allem auch dem Verbraucher zugute kommen werden. Er wird seinen Strombedarf optimieren können und mit Smart Meters zeitgenau den Verbrauch managen. Dann das Elektroauto aufladen, wenn der Strom am günstigsten ist. Und entladen, Strom verkaufen, wenn sich der Preisunterschied lohnt.

Allerdings bremsen heute verschiedene Faktoren den Ausbau der europäischen Energieinfrastruktur:

- grosse Unsicherheiten hinsichtlich zukünftiger Technologien, ihrer Verfügbarkeit, ihrer Risiken und Wettbewerbsfähigkeit (so zum Beispiel für Offshore-Netze, Smart Grids oder CO₂-Abscheidung und Lagerung CCS);
- Schwierigkeiten vieler Infrastrukturprojekte im Hinblick auf ihre öffentliche Akzeptanz und behördliche Genehmigung;
- Schwächen hinsichtlich der bestehenden Tarifregulierung für bestimmte Netzprojekte, an denen mehrere Mitgliedstaaten beteiligt sind, für technologisch innovative Projekte oder Versorgungssicherheits-Projekte;
- die noch nicht abgeschlossene Vollendung des europäischen Binnenmarktes für Strom und Gas, unter anderem zurückzuführen auf fehlende Infrastrukturen;
- politische Schwierigkeiten und komplexe Rahmenbedingungen für Projekte, vor allem im Gasbereich, die über die Grenzen Europas hinausgehen.

Hinzu kommt die derzeit schwierige Finanzmarktsituation und das Fehlen geeigneter Finanzierungsinstrumente, die speziell auf Energieinfrastrukturen und die Bedürfnisse von Netzbetreibern zugeschnitten sind.

In den kommenden Jahren werden massive Investitionen nötig sein. Der Markt allein kann nur einen Teil davon aufbringen. Dies gilt vor allem für Projekte mit Gemeinwohlcharakter und Projekte, die besonders komplex sind oder rasch umgesetzt werden müssen.

Die Kommission wird im November eine Mitteilung zu den Prioritäten für den Bereich Energieinfrastruktur vorlegen, in der, ausgehend von den Erfahrungen des aktuellen TEN-E-Politikrahmens, die vorrangigen Ziele und Instrumente für die Entwicklung von Energieinfrastrukturen mit europäischer Bedeutung im kommenden Jahrzehnt festgelegt werden. Bis Mitte 2011 soll diesem Paket ein Gesetzesvorschlag für ein europäisches Instrument für Energiesicherheit und Infrastrukturen folgen.

Die benötigten Netzinvestitionen stellen eine grosse finanzielle Herausforderung dar: Für Strom- und Gasnetze gehen wir von über 200 Mrd. Euro Investitionsbedarf bis 2020 aus. Alleine in unsere Hochspannungsnetze werden wir damit jährlich etwa doppelt so viel investieren müssen als in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Auch wenn die bestehenden Tarifsysteme den allergrössten Teil dieser Investitionen schultern, könnten Investitionen im Umfang von etwa 60 Mrd. Euro daran scheitern, dass sie trotz ihres europäischen Charakters für Europa kommerziell nicht tragbar sind.

Deswegen plant die Kommission spezifische Massnahmen mit den folgenden Zielen:

- Verbesserte Kosten-Nutzen-Allokation für komplexe/grenzüberschreitende Projekte;
- verstärkte Synergien mit bestehenden EU-Finanzierungsinstrumenten, u. a. in den Bereichen Strukturpolitik und Nachbarschaftspolitik;
- ein neues Finanzierungsinstrument für innovative, marktnahe Lösungen, um den Zugang zu privatem Kapital zu erleichtern und Kapitalkosten zu senken, aufbauend auf bestehenden europäischen Finanzierungsmechanismen in anderen Bereichen.

Die EU-Kommission plant darüber hinaus neue Massnahmen in den Bereichen regionale Zusammenarbeit, methodische Unterstützung für transparente Infrastrukturplanung und verbesserte Genehmigungsverfahren.

Nachhaltigkeit: Emissions Trading System, Energieeffizienz

Lassen Sie mich jetzt noch kurz auf das Emissionshandelssystem (ETS) als europäisches Zugpferd auf dem Weg zur Nachhaltigkeit kommen.

Leider haben wir es international noch nicht geschafft, unsere Partner von diesem System zu überzeugen. Es bleibt in Europa weiterhin das Hauptinstrument im Kampf gegen den Klimawandel. Meine Kollegin, die dänische Kommissarin Hedegaard hat da viel zu tun.

Genauso wichtig und dringend sind weitere Energieeinsparungen und Energieeffizienz auf allen Ebenen: auf Seiten der Produktion, der Industrie und der Endverbraucher. Die Industrie wird durch den Kostendruck zum Energiesparen gezwungen. Wettbewerb führt zu immer effizienteren Methoden, Maschinen werden erneuert und der Verbrauch sinkt. Die elektrischen Maschinen in der Industrie benötigen keinen so grossen «Anschub», wie es beim Endverbraucher oder beim Wohnungsbau der Fall ist.

Wir erarbeiten einen umfassenden politischen Rahmen für Energieeffizienz und Energieeinsparungen. Wir haben schon viel erreicht, im Bereich Neubauten zum Beispiel. In vielen anderen Sektoren wie z. B. Verkehr und Transport gibt es aber auch noch grosses Einsparpotential. Die lokale Ebene, wie der sogenannte Covenant of Mayors immer mehr zeigt, spielt eine zunehmende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel.

Energiepolitik ist langfristig angelegt. Deshalb haben wir in der Kommission zusammen mit allen Mitgliedstaaten, einen sogenannten Energie Roadmap bis 2050 entwickelt.

European Energy Roadmap 2050

2007 haben wir eine Richtung und Meilensteine bis 2020 für den Wandel zu einem kohlenstoffarmen und hocheffizienten Energiesystem festgelegt. Wir waren uns von Anfang an im Klaren darüber, dass Jahrzehnte vergehen würden, bevor das Ziel erreicht ist. Seither sind wichtige Rechtsvorschriften verabschiedet worden und die Entwicklung des Energiebinnenmarkts kommt gut voran, so dass nun

die Gelegenheit besteht und es auch an der Zeit ist, uns darauf zu konzentrieren, was wir bis 2050 erreichen müssen und können.

2009 verständigte sich der Europäische Rat darauf, die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 bis 2050 um 80-95 Prozent zu senken, sofern die Industrieländer dieses Ziel gemeinsam als Gruppe verfolgten. Folglich müssen wir einen wesentlichen Teil des Wandels zu einem kohlenstoffarmen und hocheffizienten Energiesystem bis 2050 vollzogen haben.

Die Projektionen der Kommission bis zum Jahr 2050, wie sich die von uns bereits eingegangenen rechtsverbindlichen Verpflichtungen auf die Treibhausgasemissionen auswirken – unsere Bezugsgrundlage – legen nahe, dass wir in den Bereichen Dekarbonisierung, Energieeffizienz und Energieeinsparungen noch sehr viel mehr tun müssen.

Ich begrüsse die verschiedenen Analysen für einen machbaren Energiesystemwandel, die Mitgliedstaaten und Stakeholder in der letzten Zeit vorgelegt haben. Sie stimmen alle darin überein, dass eine umfassende Dekarbonisierung unseres Energiesystems bis 2050, im Einklang mit der Emissionssenkungszusage des Europäischen Rates, technisch und wirtschaftlich realisierbar ist. Sie kann sogar viele Vorteile mit sich bringen und Möglichkeiten eröffnen. Den Analysen zufolge sind verschiedene Entwicklungslinien möglich. Bei jeder einzelnen ist aber klar, dass es noch eine ganze Weile eines soliden energiepolitischen Rahmens bedarf.

Lassen Sie mich nun die Europäische Dimension in den Mittelpunkt stellen.

Der Energiebinnenmarkt kann, sofern er gut konzipiert ist, ordnungsgemäss funktioniert und die Infrastruktur den Erfordernissen gerecht wird, ganz wesentlich zu einem kostenwirksamen Wandel beitragen, indem die Ressourcen und die Innovationsfähigkeit Europas optimal genutzt werden. Im Jahr 2050 dürfte sich der Markt erheblich von dem Markt unterscheiden, den wir heute kennen. Das vorhin beschriebene Infrastrukturpaket vermittelt einen guten Eindruck, wie viel Arbeit noch vor uns liegt, bis wir einen Energiebinnenmarkt haben, der den anstehenden Herausforderungen gewachsen ist.



Der Schwerpunkt dieses Pakets liegt auf den Zeiträumen bis 2020 und 2030, jener der Roadmap auf 2050.

Wir haben bereits unter Beweis gestellt, dass wir in Europa politische Ziele in solide Rahmen umsetzen können – auf der Grundlage unseres Marktes, weil wir die Lasten verteilen und Solidarität an den Tag legen. Mit einem europäischen Konzept könnten wir, insbesondere wenn es uns gelingt, in Gesellschaft und Wirtschaft breite Unterstützung zu finden, in der EU ehrgeizig sein und ausserhalb der EU überzeugen.

Ein Beispiel für ein europäisches Konzept: die EU kann den Mitgliedstaaten den Stromerzeugungsmix nicht vorschreiben, der je nach Mitgliedstaat natürlich ganz unterschiedlich ausfällt. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass wir – unter Berücksichtigung unseres Marktes und unserer politischen Ziele – darüber nachdenken sollten, wie der gesamteuropäische Energiemix im Hinblick auf 2050 aussehen müsste. Ich habe Kontakt mit den Mitgliedstaaten aufgenommen, um Meinungen über einen im Hinblick auf 2050 sinnvollen gesamteuropäischen Energiemix einzuholen.

Konkret werde ich Ende dieses Jahres im Hinblick auf 2050 eine öffentliche Debatte initiieren. Da der Energiebereich massgeblich teilhat an der Senkung der Treibhausgasemissionen von heute bis 2050, werden wir uns zunächst auf die Nachfrage konzentrieren, einschliesslich Energieeffizienz und sektoraler Möglichkeiten, vor allem im Verkehr. Anfang 2011

möchte ich eine erste Mitteilung vorlegen – untermauert durch die Analyse unseres Bezugsszenarios – was es bedeuten würde, wenn alles beim Alten bliebe. Im weiteren Verlauf des Jahres 2011 werde ich dann einen Energie-Plan, die so genannte «Roadmap 2050», vorlegen.

Die Roadmap wird verschiedene Entwicklungslinien und Wege zur Erreichung des Ziels der Emissionsreduzierung um 80-95 Prozent bis 2050 aufzeigen und deren Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit darstellen. Sie wird uns Aufschluss über die Möglichkeiten geben, die wir haben, und über das Tempo, in dem wir Ergebnisse erzielen müssen. Wie bereits erwähnt, werden wir uns in der Roadmap auf die europäische Dimension konzentrieren, einschliesslich der Hilfestellung, die sie Mitgliedstaaten für ihre langfristige Planung geben kann. Wir dürften Schlüsse ziehen können, wann Entscheidungen zu treffen sind.

Unter Umständen brauchen wir Energieziele für 2030, 2040, 2050. Und angesichts der Unsicherheit in Bezug auf technologische und andere Entwicklungen müssen wir eventuell verschiedene Optionen und Entwicklungslinien offen halten. Dies ist die Art von Fragen, auf die ich in der Roadmap 2050 eingehen möchte. Ich hoffe, dass der Energieaktionsplan bis 2020 und die Roadmap 2050 die Unsicherheit schmälern und so Mitgliedstaaten, Investoren und Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen ermutigen, die vielen Möglichkeiten im Wandel zu einem neuen Energiesystem wahrzunehmen. ■

Die EU-Kommission stellt ihre neue Energiestrategie bis 2020 vor

Die Kommission hat am 10. November ihre neue Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie vorgestellt. In der Mitteilung «Energie 2020» werden die energiepolitischen Prioritäten der nächsten zehn Jahre sowie Massnahmen zur Bewältigung folgender Herausforderungen festgelegt: Realisierung von Energieeinsparungen, Schaffung eines Marktes mit wettbewerbsfähigen Preisen und sicherer Versorgung, Förderung der Technologieführerschaft und wirksames Verhandeln mit ihren internationalen Partnern.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger erklärte: «Die Herausforderung im Energiebereich ist eine der grössten Bewährungsproben für uns alle. Unser Energiesystem auf einen neuen, nachhaltigeren und sichereren Weg zu bringen ist zwar

ein langfristiges Unterfangen, doch müssen ambitionierte Entscheidungen jetzt getroffen werden. Damit unsere Wirtschaft effizient, wettbewerbsfähig und CO₂-arm wird, müssen wir unsere Energiepolitik «europäisieren» und uns auf einige we-

nige, jedoch dringliche Prioritäten konzentrieren.»

In der Mitteilung benennt die Kommission fünf oberste Prioritäten. Ausgehend von diesen Prioritäten und den vorgestellten Massnahmen wird die Kommission in den nächsten 18 Monaten konkrete Gesetzgebungsinitiativen und Legislativvorschläge erarbeiten. Diese Mitteilung bestimmt auch die Agenda, die von den Staats- und Regierungschefs auf dem ersten EU-Energiegipfel am 4. Februar 2011 erörtert werden soll.

1. Energieeinsparungen

Die Kommission schlägt vor, ihre Initiativen auf die beiden Sektoren mit dem grössten Energieeinsparpotenzial zu konzentrieren: Verkehr und Gebäude. Um Hauseigentümer und lokale Einrichtungen bei der Finanzierung von Renovierungs- und Energieeinsparmassnahmen zu unterstützen, wird die Kommission bis Mitte 2011 Investitionsanreize und innovative Finanzierungsinstrumente vorschlagen. Der öffentliche Sektor sollte bei der Beschaffung von Bauleistungen, Dienstleistungen und Produkten die Energieeffizienz berücksichtigen. In der Industrie könnten Energieeffizienz-Zertifikate für Unternehmen ein Anreiz sein, in Technologien zu investieren, die weniger Energie verbrauchen.

2. Gesamteuropäischer integrierter Energiemarkt mit Infrastrukturen

Die Kommission hat einen Zieltermin für die Vollendung des Energiebinnenmarkts festgelegt. Bis 2015 sollte erreicht werden, dass kein Mitgliedstaat mehr isoliert ist. In den nächsten zehn Jahren sind in der EU Energieinfrastrukturinvestitionen von insgesamt 1 Billion Euro erforderlich. Zur Beschleunigung wesentlicher strategischer EU-Projekte schlägt die Kommission vereinfachte und kürzere Baugenehmigungen, die Festlegung einer maximalen Zeitspanne bis zur endgültigen Genehmigung und eine EU-Finanzierung vor. Eine zentrale Anlaufstelle sollte alle für die Verwirklichung eines Projekts erforderlichen Genehmigungsanträge koordinieren.

3. 27 Staaten, die in Energiefragen weltweit mit einer Stimme sprechen

Es wird vorgeschlagen, dass die Europäische Union ihre Energiepolitik gegenüber Drittländern, insbesondere in ihren Beziehungen zu Schlüsselpartnern, koordiniert. Im Rahmen der Nachbarschaftspolitik schlägt die Kommission vor, den Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft auszuweiten und zu vertiefen, um Länder, die am EU-Energiemarkt teilnehmen wollen, stärker zu integrieren. Ferner wird eine umfassendere Zusammenarbeit mit Afrika angekündigt, die allen Einwohnern dieses Kontinents nachhaltige Energie liefern soll.

4. Führungsrolle Europas bei Energietechnologien und Innovation

In Bereichen, die für die Wettbewerbsfähigkeit Europas von zentraler Bedeutung sind, z.B. neue Technologien für intelligente Netze und Stromspeicherung, Forschung zu Biokraftstoffen der zweiten Generation und die Partnerschaft «intelligente Städte» zur Förderung der Energieeinsparung in städtischen Gebieten, sollen vier grössere Projekte auf den Weg gebracht werden.

5. Sichere und erschwingliche Energie durch aktive Verbraucher

Die Kommission schlägt neue Massnahmen vor, die den Preisvergleich, den Versorgerwechsel sowie klare und transparente Abrechnungen betreffen.

Hintergrund

Die energiepolitischen Ziele der EU wurden in die vom Europäischen Rat im Juni 2010 verabschiedete Strategie «Europa 2020» für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum aufgenommen. Die EU verfolgt insbesondere ehrgeizige Energie- und Klimaschutzziele für den Zeitraum bis 2020: Senkung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent, Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent und Verbesserung der Energieeffizienz um 20 Prozent. ■